

CONV 363/02

WG IX 9

VERMERK

des	Sekretariats
für	den Konvent

<u>Betr.:</u>	Kurzniederschrift über die Sitzung der Gruppe IX "Vereinfachung" vom 17. Oktober 2002
---------------	---

Der Vorsitzende wies die Gruppe auf zwei neue Arbeitsdokumente hin: Das eine – vom Sekretariat erstellte – Dokument enthält die Liste der von der Union verwendeten Instrumente (WD 04) und das andere – von einem Mitglied der Gruppe, Herrn G. Cisneros, erstellte – Dokument handelt von den Durchführungsbefugnissen und vom Ausschussverfahren (WD 05). Der Vorsitzende unterstrich ferner, wie wichtig die Verknüpfung zwischen den Beschlussfassungsverfahren und der Typologie der Handlungsinstrumentarien ist. Die Frage der Vereinfachung des Haushaltsverfahrens wird zu einem späteren Zeitpunkt erneut geprüft.

Einige Mitglieder hoben hervor, dass die Arbeiten der Gruppe "Ergänzende Zuständigkeiten" und die Arbeiten in den Bereichen außenpolitisches Handeln sowie Justiz und Inneres für die Gruppe IX von Interesse sind.

1. Vereinfachung des Mitentscheidungs- und des Haushaltsverfahrens sowie Verringerung der Anzahl der Rechtsetzungsverfahren

Die Gruppe führte einen Gedankenaustausch über diese Frage im Lichte der Ansichten, die die in der Sitzung vom 2. Oktober gehörten Experten geäußert haben. Allgemein wurde hervorgehoben, dass die Zahl der zum gegenwärtigen Zeitpunkt bestehenden Rechtsetzungsverfahren verringert werden muss. Einige Mitglieder schlugen in diesem Zusammenhang vor, sich auf die Verfahren der Mitentscheidung, Zusammenarbeit, Zustimmung, Anhörung des Europäischen Parlaments, Nichtanhörung des Europäischen Parlaments (je nach Fall mit qualifizierter Mehrheit oder Einstimmigkeit im Rat) zu beschränken. Andere Mitglieder erwogen auch die Abschaffung des Verfahrens der Zusammenarbeit. Ein Großteil der Mitglieder ist jedenfalls der Ansicht, dass das Mitentscheidungsverfahren das wichtigste Beschlussfassungsverfahren innerhalb der Union darstellen muss, ohne dabei jedoch die Konsultation anderer Organe oder Gremien in Frage zu stellen.

Was die Vereinfachung des Mitentscheidungsverfahrens betrifft, so vertrat ein Großteil der Redner die Ansicht, dass dieses Verfahren verhältnismäßig gut funktioniere und daher keiner umfangreichen Änderungen bedürfe. Einige erklärten jedoch, es müsse dafür gesorgt werden, dass die Beschlussfassung im Rat während des gesamten Mitentscheidungsverfahrens nicht einstimmig erfolge; beim Rückgriff auf dieses Verfahren sollte die qualifizierte Mehrheit stets die Regel sein. Ein Mitglied der Gruppe meinte dagegen, dass die qualifizierte Mehrheit nicht automatisch an die Mitentscheidung gebunden werden sollte, und ein anderes Mitglied vertrat die Auffassung, dass diese Frage an sich nicht unter die Vereinfachung des Verfahrens falle.

Es wurde Nachdruck darauf gelegt, dass die Sitzungen im Rahmen des Trilogs zwischen Parlament, Rat und Kommission in einem informellen Kontext beibehalten werden müssen. Ein Mitglied der Gruppe vertrat indes die Ansicht, dass das Mitentscheidungsverfahren dadurch erleichtert würde, dass der Rat zugegen sei, wenn das Parlament im Rahmen dieses Verfahrens (insbesondere in den parlamentarischen Ausschüssen) über Entwürfe von Rechtakten debattiere. Dasselbe gelte für die Anwesenheit des Berichtstatters des Parlaments in Sitzungen der Ratsgruppe, die den betreffenden Rechtsakt prüfe. Ebenfalls zur Sprache gebracht wurde die Notwendigkeit, die gegenwärtige Rolle der Kommission – insbesondere die des Vermittlers – im Rahmen des Verfahrens zu wahren.

Zur Sprache gebracht wurden bei der Diskussion des Weiteren die Möglichkeit, die Anzahl der Mitglieder des Vermittlungsausschusses zu verringern, und die Möglichkeit, einen Legislativrat mit den Ministern für europäische Angelegenheiten als ständigen Mitgliedern einzurichten, dessen Beratungen öffentlich sind.

Es wurden Zweifel daran geäußert, dass es erforderlich ist, in der ersten Lesung Fristen festzulegen.

Das Mitentscheidungsverfahren allgemein für alles, was "legislativ" sei, anzuwenden, schlug schließlich ein Mitglied der Gruppe vor, ohne jedoch näher darauf einzugehen, was darunter zu verstehen ist. Nach Meinung eines anderen Mitglieds muss die Annahme technischer Maßnahmen vom Mitentscheidungsverfahren ausgeklammert werden; sie sollten vielmehr unter die Durchführungsmaßnahmen fallen. Ganz allgemein wurde in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass klargestellt werden müsse, was unter "legislativ" und was unter "exekutiv" falle.

2. Vereinfachung der Instrumente: Anhörung der Experten und erster Meinungsaustausch

Die Gruppe hörte drei Experten zu diesem Thema: Herrn Koen Lenaerts, Richter am Gericht erster Instanz und Dozent an der KUL, Herrn Michel Petite, Generaldirektor des Juristischen Dienstes der Kommission, und Herrn Jean-Claude Piris, Rechtsberater und Generaldirektor des Juristischen Dienstes des Rates. Die drei Experten erklärten, dass sie ihre persönlichen Ansichten zum Ausdruck bringen. Ihre Beiträge werden den Mitgliedern der Gruppe noch in schriftlicher Form zugehen.

Anhörung von Herrn Lenaerts:

Herr Lenaerts erklärte, dass eine klare Trennung zwischen Rechtsetzungs- und Durchführungsmaßnahmen – die nicht darauf, von wem sie ausgingen, sondern auf der Art des Verfahrens beruhe – eine der wichtigsten Herausforderungen des Konvents sei. Es handele sich nicht darum, den Montesquieuschen Grundsatz der Gewaltenteilung an sich heilig zu halten, sondern vielmehr darum, die jeweiligen politischen Zuständigkeiten zu klären und Beschlussfassungsverfahren vorzusehen, die jeder dieser Funktionen in puncto demokratischer Legitimität und Effizienz am besten gerecht würden.

Die erste Kategorie von Rechtsakten entspreche den **Gesetzgebungsakten**. Herrn Lenaerts zufolge muss es eine strikte Entsprechung zwischen Gesetzgebungsakten, die sich auf die "grundlegenden politischen Entscheidungen" beschränken sollten, und dem Mitentscheidungsverfahren geben. Abgesehen von den "durch die Verfassung vorgeschriebenen Gesetzen" würde es grundsätzlich zwei Arten von Gesetzgebungsakten geben: das "Gesetz" (das den derzeitigen Verordnungen und Beschlüssen entspreche) und das "Rahmengesetz" (das den derzeitigen Richtlinien und

Rahmenbeschlüssen des Titels IV EUV entspreche) oder sogar eine dritte Art, nämlich die "Koordinierungsgesetze" zur Koordinierung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten. Ansonsten würde es dem Gesetzgeber obliegen, seinen Handlungsgegenstand festzulegen ("Harmonisierungsgesetz", "Programmgesetz" usw.). Herr Lenaerts stellte klar, dass es auch Sache des Gesetzgebers sei, zu ermessen, wie detailliert die Gesetzgebung exakt sein müsse; im Vertrag müssten dagegen die Fälle festgelegt werden, in denen einzig und allein Rahmengesetze zulässig seien.

Die zweite Kategorie von Rechtsakten entspreche den **Durchführungsvorschriften**. In diesem Zusammenhang verwies der Experte auf die zahlreichen "autonomen Rechtsnormen" im aktuellen System, d.h. Rechtsetzungsakte, die **unmittelbar auf der Grundlage der Verträge** entweder vom Rat allein angenommen werden (beispielsweise die Antidumpingregelung nach Artikel 133 EGV) oder die vom Rat nach Anhörung des Parlaments angenommen werden (etwa die Verordnungen über die Gemeinsame Agrarpolitik gemäß Artikel 37 EGV) oder die ferner in einigen Fällen von der Kommission angenommen werden (beispielsweise die Richtlinien über öffentliche Unternehmen im Hinblick auf die Wettbewerbsregeln nach Artikel 86 Absatz 3 EGV). Herrn Lenaerts zufolge sollten all diese Rechtsakte logischerweise untergliedert werden in jene, die zu Gesetzgebungsakten werden sollten und im Mitentscheidungsverfahren angenommen würden, da sie "grundlegende politische Entscheidungen" (Gesetzgebungsakte) zum Ausdruck brächten, und jene, die unter die Kategorie der "Durchführungsvorschriften" fallen würden, da diese die im Vertrag enthaltenen "gesetzlichen" Vorschriften (in denen die grundlegenden Entscheidungen aufgezeigt würden), umsetzen würden (beispielsweise die Rechtsakte zur Anwendung der Wettbewerbsgrundsätze nach Artikel 83 EGV). Es handele sich mit anderen Worten um eine vom Vertrag an einen Zweig der Exekutive, d.h. den Rat oder die Kommission, "delegierte Gesetzgebung" zur Annahme von Rechtsakten mit allgemeiner Geltung. In anderen Fällen handele es sich um Durchführungsbestimmungen im strengen Sinne, durch die in bestimmten Fällen im Vertrag enthaltene gesetzgeberische Optionen umgesetzt würden (etwa die Beschlüsse der Kommission über staatliche Beihilfen nach Artikel 88 EGV).

Bei der Annahme von Durchführungsvorschriften auf Gemeinschaftsebene (und grundsätzlich nicht auf einzelstaatlicher Ebene) zur **Umsetzung eines Gesetzgebungsaktes** ließen sich im Übrigen zwei Arten von Durchführungsvorschriften unterscheiden: Zum einen handele es sich um Rechtsakte der vom Gesetzgeber "delegierten Gesetzgebung", wenn die Exekutive beispielsweise Änderungen an dem Gesetzgebungsakt vornehmen müsse oder ihr ganz allgemein Befugnisse erteilt würden; zum anderen gehe es um die eigentlichen Durchführungsvorschriften mit allgemeiner Geltung oder individueller Tragweite. Im erstgenannten Fall könnte das "Ausschussverfahren" schwerfälliger sein als im zweiten Fall (bei dem man sich auf die beratenden Ausschüsse beschränken könnte). In bestimmten Fällen schließlich könnte die eigentliche Durchführung auch Agenturen oder anderen technischen Gremien übertragen werden.

Herr Lenaerts schlug abschließend vor, die Bedingungen für die Anrufung von Gemeinschaftsgerichten durch den Bürger vom demokratischen Fundament der Rechtsakte, d. h. von der Art des betreffenden Rechtsakts, abhängig zu machen und entsprechend unterschiedlich zu gestalten.

Anhörung von Herrn Petite:

In seiner Einführung unterstrich Herr Petite, dass die Handlungsinstrumentarien der Union vereinfacht werden müssten: Sie hätten auf unvertretbare Weise überhand genommen und wurden auf konfuse Weise genutzt, was ihm zufolge der Verständlichkeit und Glaubwürdigkeit des Systems abträglich ist. Bei dem von ihm ins Auge gefassten gestrafften System dreht sich alles um das vom Gesetzgeber im Mitentscheidungsverfahren verabschiedete Gesetz und die Durchführungsverordnungen bzw. -beschlüsse. Laut Herrn Petite ähnelt dieses System weit gehend dem von Herrn Lenaerts vorgeschlagenen System, wenn auch unter einem anderen Blickwinkel betrachtet.

Herr Lenaerts unterschied folgende **vom Gesetzgeber verabschiedete Rechtsakte**:

- die verfassungsrechtlichen Bestimmungen oder "durch die Verfassung vorgeschriebenen Gesetze", die die zentralen Aspekte der Organisation der Union betreffen, beispielsweise der Beschluss über die Eigenmittel, der Beschluss über die Durchführungsbefugnisse der Kommission (Ausschussverfahren), die Haushaltsordnung, die Satzung des Europäischen Gerichtshofes usw. Diese durch die Verfassung vorgeschriebenen Gesetze würden sich auf der unter der Verfassung und über dem Gesetz liegenden Ebene ansiedeln;
- die herkömmlichen Gesetze oder "europäischen Gesetze", die im Prinzip die allgemeinen Grundsätze, die zu erreichenden Ziele, die wesentlichen Regeln, aber auch – wenn vom Gesetzgeber gewünscht – detailliertere Bestimmungen (was der Tradition der meisten Länder entspricht) festlegen. Diese könnten unmittelbar anwendbare Bestimmungen, Rahmenvorschriften (entsprechend den derzeitigen Richtlinien) oder beides umfassen. Sie könnten eine breite Palette von Maßnahmen abdecken, darunter Fördermaßnahmen oder Programme. Herrn Petite zufolge versteht sich jedoch von selbst, dass der Gesetzgeber den Zwängen unterliegt, die ihm durch den Rahmen der zugewiesenen Befugnisse, das Subsidiaritätsprinzip oder ggf. sogar andere Beschränkungen wie der Ausschluss jeglicher Harmonisierung auferlegt sind;
- das Haushaltsgesetz, nach dem der Haushaltsplan verabschiedet wird. Das gegenwärtige Verfahren würde vereinfacht, wenn die Unterscheidung zwischen OA und NOA abgeschafft und eine Aktualisierung im Sinne eines Mitentscheidungsverfahrens vorgenommen würde.

Die Gesetze würden auf Vorschlag der Kommission im Wege des Mitentscheidungsverfahrens von Parlament und Rat zur Verwirklichung der Politiken und Maßnahmen der Union verabschiedet, wobei der Rat mit qualifizierter Mehrheit beschließt. Für die Verabschiedung der durch die Verfassung vorgeschriebenen Gesetze würde eine verstärkte Mehrheit vorgesehen.

Was die **Durchführung der Gesetze** betrifft, so würde das Prinzip beibehalten, wonach diese Durchführung den Mitgliedstaaten überlassen ist. Im Gesetz selbst wäre anzugeben, ob Durchführungsmaßnahmen auf Unionsebene erforderlich sind, was insbesondere davon abhängt, wie detailliert das Gesetz ist. Die Durchführungsmaßnahmen würden Herrn Petite zufolge die Form von "Verordnungen" oder "Beschlüssen" (individuelle Rechtsakte) annehmen. Sie würden von der Kommission angenommen und vom Gesetzgeber der Union nach den Modalitäten des durch die Verfassung vorgeschriebenen Gesetzes kontrolliert.

Dieses allgemeine System würde in drei Bereichen grundsätzlich einer Sonderregelung unterliegen: Wirtschafts- und Währungsunion, Außenbeziehungen und polizeiliche Zusammenarbeit. Die Gesetzgebungsbefugnis wäre im Prinzip dem Rat vorbehalten, ohne dass das Gesetz als Instrument von vornherein in diesen Bereichen ausgeschlossen wäre. Die Maßnahmen hätten die Form von "Verordnungen des Rates" oder "Beschlüssen des Rates"; sie würden auf Vorschlag der Kommission - ggf. nach Anhörung des Parlaments - mit qualifizierter Mehrheit angenommen.

Die nicht verbindlichen Rechtsakte müssten ebenfalls rationalisiert werden. In dieser Hinsicht würde sich die Empfehlung als geeignetes Instrument zur Organisation der Methode der offenen Koordinierung anbieten.

Herr Petite erklärte, dass ein solches System somit einfach, klar, legitim, demokratisch, wirksam (insbesondere dadurch, dass die qualifizierte Mehrheit allgemein Anwendung finde) und ausgewogen zugleich wäre.

Anhörung von Herrn Piris:

Herr Piris wies zunächst darauf hin, dass die derzeitigen Verträge vor allem deswegen derart komplex seien, weil den Organen zu viele Rechtsinstrumente (15) für ihr Handeln zur Verfügung ständen; dies gehe auf den Maastrichter Vertrag zurück (wogegen der Vertrag von Rom nur 5 Instrumente vorsah). Hinzu komme, dass die Verträge ähnliche Definitionen für Rechtsakte mit unterschiedlichen Namen ("Richtlinie/Rahmenbeschluss" oder "gemeinsame Maßnahme/Beschluss") und umgekehrt wiederum unterschiedliche Definitionen für Rechtsakte gleichen Namens ("Beschlüsse" oder "gemeinsame Standpunkte") enthielten. Schließlich würden für die anzunehmenden Rechtsakte in den Verträgen uneinheitliche Formulierungen und Bezeichnungen verwendet, die inhaltlich keine wesentlichen Unterschiede widerspiegeln.

Herrn Piris zufolge könnte erwogen werden, die Zahl der vorhandenen Instrumente von 15 auf 5 zu verringern, indem nämlich vorgesehen würde, dass die 5 in Artikel 249 EGV definierten Formen von Rechtsakten auch auf die Bereiche GASP und JI Anwendung finden, was die Verfasser des Vertrags im Übrigen nicht daran hindern würde, in einem speziellen Artikel besondere Spezifikationen für eine bestimmte Art von Rechtsakt hinzuzufügen; die Gruppe könnte somit erwägen:

1. den "Rahmenbeschluss" (JI) abzuschaffen und durch die "Richtlinie" (EGV) zu ersetzen;
2. die vier derzeitigen Bedeutungen des Begriffs "Beschluss/Entscheidung"¹ aufzuheben und die Bedeutung gemäß EGKS-Vertrag zu übernehmen, wo er als verbindlicher Rechtsakt definiert ist, in dem bezeichnet werden kann oder nicht, für wen er verbindlich ist;
3. die "gemeinsame Aktion" (GASP) abzuschaffen und durch den entsprechend neu definierten Begriff "Beschluss/Entscheidung" zu ersetzen;
4. den "gemeinsamen Standpunkt" (GASP und JI) abzuschaffen und durch den entsprechend neu definierten Begriff "Beschluss/Entscheidung" zu ersetzen;
5. die "Grundsätze und allgemeinen Leitlinien" der GASP-Instrumente abzuschaffen, da sie kein Rechtsinstrument darstellen und dadurch Verwirrung entstehen kann;
6. die "gemeinsamen Strategien" der Liste der GASP-Instrumente abzuschaffen, da dieses Instrument den Erwartungen der Verfasser des Vertrags nicht gerecht wurde;
7. das Instrument der Übereinkommen zwischen den Mitgliedstaaten (EG und JI) abzuschaffen und es durch die anderen Rechtsinstrumente zu ersetzen, die allein aufgrund ihrer Annahme durch den Rat verbindlich für die Mitgliedstaaten sind und vor ihrem Inkrafttreten keines nationalen Ratifizierungsverfahrens bedürfen.

Was die Straffung der Formulierung der Artikel des Vertrags betrifft, durch die den Organen Handlungsbefugnisse übertragen werden, unterbreitete Herr Piris eine Reihe von Vorschlägen: das Wort "Maßnahmen" sollte nur dann verwendet werden, wenn den Organen die Wahl des anzunehmenden Instruments belassen werden sollte; statt den generischen Begriff "Beschluss/Entscheidung" oder "Richtlinie" zu verwenden, sollte der Begriff "Maßnahme", "Rechtsakt" oder ein anderer in dem betreffenden Kontext geeigneter Begriff verwendet werden; das Vokabular der Bestimmungen, mit denen "ergänzende" Zuständigkeiten zugewiesen werden, sollte durch die Wahl von ein oder zwei Begriffen (beispielsweise "Empfehlungen", "Maßnahmen" oder "Programme") harmonisiert werden, und es sollte präzisiert werden,

¹ Es handelt sich um die Entscheidung nach Artikel 249 EGV (in der bezeichnet ist, für wen sie verbindlich ist), den Beschluss nach Titel V EUV (GASP), den Beschluss nach Titel VI EUV (Zusammenarbeit in Strafsachen) und schließlich um einen Beschluss sui generis, auf den häufig zurückgegriffen worden ist, wenn nämlich trotz des verbindlichen Charakters nicht bezeichnet war, für wen er verbindlich ist. Auf den letztgenannten "Beschluss" wurde insbesondere bei den so genannten "ergänzenden" Zuständigkeiten zurückgegriffen, um die unterschiedlichen vorgesehenen Arten von Maßnahmen einzubeziehen (Fördermaßnahmen, Programme usw.).

durch welche Form von im Vertrag definierten Rechtsakten die in diese Bereiche fallenden Maßnahmen und Programme angenommen werden (wahrscheinlich in Form eines "Beschlusses"); von den Stilvarianten bei der Verwendung der Verben mit Beschlussfassungscharakter ("nimmt an", "verabschiedet", "stellt auf", "definiert" "legt fest" "formuliert", "präzisiert", "schreibt fest", "erstellt", "beschließt") sollte abgesehen und statt dessen, wenn der Kontext dies erlaubt, das Verb "erlässt" verwendet werden.

In Bezug auf die nicht verbindlichen Rechtsakte, auf die die Organe zwar zurückgreifen, die jedoch in den Verträgen nicht vorgesehen sind (Entschliebungen, Schlussfolgerungen, Erklärungen usw.), ist Herr Piris der Auffassung, dass der Rat als Gesetzgeber vermeiden sollte, derartige Rechtsakte anzunehmen, wenn er mit Gesetzgebungsvorschlägen befasst wird.

Abschließend machte Herr Piris darauf aufmerksam, dass es schwierig sein werde, in der Union dazu zu gelangen, dass die klassische Unterscheidung zwischen gesetzgebender und ausführender Gewalt – d. h. zwischen einigen Organen, die keine weiteren Befugnisse hätten, als die Befugnis, Gesetze zu erlassen, und anderen Organen, die lediglich für die Anwendung dieser Rechtsvorschriften oder für die Annahme von Normen mit Regulierungscharakter zuständig wären – klar und deutlich verwirklicht werde. Die durch die Verträge zugewiesenen Befugnisse seien nämlich derart ineinander verschachtelt, dass eine solche Unterscheidung zwischen "legislativ" und "exekutiv" nur möglich wäre, wenn die bestehenden Gleichgewichte verändert würden. So könnten – beim gegenwärtigen Stand der Verträge – Rechtsakte, die unmittelbar auf den Vertrag gestützt seien, nicht nur im Wege des Mitentscheidungsverfahrens von Parlament und Rat angenommen werden, sondern auch vom Rat allein im Wege der Zusammenarbeits- und Konsultationsverfahren und in bestimmten Fällen auch von der Kommission (Artikel 86 EGV) und von der EZB (Artikel 110 EGV).

Ebenso sei es dem Rat, der Kommission und anderen Organen möglich, unmittelbar auf der Grundlage des Vertrags Rechtsakte mit regelndem oder ausführendem Charakter anzunehmen: Maßnahmen im Bereich der internen Organisation, Ernennungen, Beschlüsse über die Aushandlung und den Abschluss eines internationalen Übereinkommens usw. Und schließlich sei es dem Rat, der Kommission und der EZB möglich, Rechtsakte anzunehmen, bei denen es sich tatsächlich um Rechtsakte der "Durchführung" handele, die in Anwendung und in Ausübung der durch einen Basisrechtsakt übertragenen Befugnisse verabschiedet würden.

* *

*

Denkansätze:

1. Muss eine Vereinfachung und Vereinheitlichung in sprachlicher Hinsicht bei den in den Verträgen vorgesehenen Rechtsgrundlagen vorgenommen werden? In welchem Sinne?
 2. Muss die Zahl der in den Verträgen vorgesehenen Rechtsinstrumente verringert werden? Wäre es möglich, dieselben Instrumente in allen Bereichen anzuwenden, einschließlich der Bereiche Außenpolitik und polizeiliche Zusammenarbeit in Strafsachen? In welchem Sinne? Welche Anpassungen müssten in Bezug auf Definition und Wirkungen der derzeitigen Instrumente vorgenommen werden?
 3. Müssen im Anschluss an eine Anpassung die Namen der Rechtsakte geändert werden? In welchem Sinne? Muss die Verordnung durch das Gesetz, die Richtlinie durch das Rahmengesetz etc. ersetzt werden?
 4. Muss im Vertrag eine klare Trennung zwischen dem, was unter die Gesetzgebung fällt, und dem, was unter die Durchführung fällt, eingeführt werden?
 5. Wenn ja, was wäre unter dem Begriff "Gesetzgebungsakt" zu verstehen? Muss sich der Begriff bestimmen nach dem Annahmeverfahren (z. B. Mitentscheidung)? Oder nach dem Inhalt? Oder nach den grundlegenden politischen Entscheidungen? Muss es dem Gesetzgeber überlassen werden, von Fall zu Fall festzulegen, was unter Rechtsetzungsmaßnahmen fallen muss, oder muss dies im Vertrag selbst angegeben werden? Müssen in bestimmten Bereichen besondere Regeln festgelegt werden?
 6. Muss ein spezifischer Rechtsakt für Fälle geschaffen werden, in denen der Rat Rechtsakte unmittelbar auf der Grundlage des Vertrags annimmt? Welchen Namen könnte ein solcher Rechtsakt erhalten?
 7. Muss der Rückgriff auf atypische Rechtsakte eingeschränkt werden? Sind diese Rechtsakte vor allem dann zu untersagen, wenn der Gesetzgeber mit Gesetzgebungsvorschlägen oder –initiativen befasst wird?
-